Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner  Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 13. Februar 1887. Nr. 73.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Prinz Georg begeht heute sein Geburtsfest. Zur Feier des Tages hatten die prinzlichen Palais, die öffentlichen Gebäude, die Kasernen 2c. Flaggenschmuck angelegt. Außer der Kaiserin erschienen auch der Kronprinz und Prinz Wilhelm Vormittags zur Gratulation. Aus Thorn war eine Deputation des 1. pommerschen Ulanen-Regiments Nr. 4, dessen Chef der Prinz ist, eingetroffen.

— Der Bundesrath beschloß nach der „Wes.-Ztg." am 10. d. die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Offenbach.

— In Bremen sind die preußischen Kommissare zu den Verhandlungen über die Durchführung der Weserkorrektion eingetroffen.

— Die italienische Ministerkrisis wird, wie bereits hervorgehoben wurde, allem Anschein nach mit einer Neubildung des Kabinets Depretis ihren Abschluß erhalten. Hierüber wird telegraphisch gemeldet:

Rom, 12. Februar. Der „Popolo Romano" ist der Ansicht, ein Ministerium unter dem Vorsitze des Grafen Robilant sei unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher sei ein neues Kabinet Depretis; Robilant dürfte alsdann mit den ihm ergebenen Elementen zur Verstärkung der Majorität und zur Erweiterung der parlamentarischen Basis beigetragen. — Die „Opinione" meint, als Graf Robilant von einer Demission sprach, hätten Depretis und seine Kollegen in loyaler Weise erklärt, gleichfalls zu demissioniren und der Krone gerathen, ein Kabinet Robilant zu bilden, welches sie unterstützen würden. Mithin sei klar, daß die Krone auf den einmüthigen Rath der zurücktretenden Minister, sowie fast aller in den letzten Tagen zu Rathe gezogenen politischen Persönlichkeiten dem Grafen Robilant die Bildung eines Kabinets übertragen werde. Obgleich die „Opinione" die Hoffnung ausspricht, Graf Robilant werde den Aufmunterungen der Krone und den Bitten seiner Kollegen, sowie fast aller politischen Persönlichkeiten des Parlaments nachgeben, glaubt das Blatt doch an der Annahme seitens Robilants zweifeln zu sollen. Wenn auch ein Kabinet Robilant den sehr ernsten politischen Bedürfnissen Italiens genau entsprechen würde, da die Majorität und die mit ihr wesentlich übereinstimmende Dissidentenfraktion eine große Mehrheit in der Kammer bildeten, so müßte Graf Robilant, falls er die Bildung eines Kabinets ablehne, dem Könige eine mit der Bildung eines Kabinets zu betrauende Persönlichkeit nennen. Schließlich spricht die „Opinione" die Hoffnung aus, die drei Notabilitäten der Situation, Depretis, Robilant und Rudini, würden in ihrem Patriotismus Mittel und Wege finden, um aus einer Krisis herauszukommen, welche die vitalsten Interessen des Landes in Mitleidenschaft ziehe. Gestern hatte der König mit Zanardelli und Mordini Konferenzen.

— In der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssekretärs des Innern von Böttticher abgehaltenen Plenarsitzung ertheilte der Bundesrath dem Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des internationalen Vertrages zum Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel und dem Entwurf einer Deklaration der Artikel 2 und 4 dieses Vertrages, sowie den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen über die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Feld- und der Fährpolizei und über die Versetzung erkrankter Richter in den Ruhestand die Zustimmung. Hierauf wurde über Eingaben verhandelt. Einer Eingabe betreffend die Stempelsteuer-Revision der Schriftstücke von Aktien-Gesellschaften beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Dagegen wurde beschlossen, aus Billigkeitsrücksichten sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stempelabgabe für nichtabsetzbare Loose aus der Lotterie eines Kunstvereins zurückvergütet werde. Die bisher von der fürstlich schwarzburgischen Regierung besetzte Hauptamts-Assistentenstelle bei dem vereinsländischen Haupt-Zollamt in Hamburg soll nach Verzichtleistung der genannten Regierung auf die Besetzung derselben künftig von der königlich preußischen Regierung besetzt werden. Mehrere Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen: über die Errichtung öffentlicher Darlehnskassen, über die gesetzlichen Feiertage, ferner: über die Feststellung der Entschädigungen im Falle der Zwangsenteignung, wurden den Ausschüssen für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen zur Vorberathung übergeben. Die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen wurde den Ausschüssen für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen überwiesen. Zum Schluß legte der Vorsitzende die Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1866 vor.

— Ueber die vielbesprochenen französischen Baracken bringt der „Temps" einige Mittheilungen, die auch in Deutschland allgemeines Interesse beanspruchen dürften. Danach sind die Baracken in Nancy, Saint Dié, Bruyères und Epinal so ziemlich fertig; sie sind ganz aus Holz, etwa 120 Meter lang und 20 Meter breit. Der Boden ruht auf Granitblöcken, die von 10 zu 10 Metern angelegt sind. Die Decke ist aus Ziegeln. Jede Baracke enthält 10 Abtheilungen und kann 240 Betten aufnehmen. In Nancy wurden 16 Baracken auf einem weiten Platze des Viertels Sainte-Marie und 8 vor der Kavalleriekaserne aufgestellt. Die Arbeiten wurden von Zivilisten unter Oberleitung eines Genie-Offiziers vorgenommen. Aus diesem Anlasse wird bemerkt, daß die Baracken dazu dienen sollen, ein Infanterie-Regiment, das aus Neufchateau kommt, und drei Artillerie-Batterien des in Châlons-sur-Marne liegenden 8. Regiments zu beherbergen. Nach Beendigung dieser Truppenbewegungen wird Nancy eine gleiche Garnison, wie 1878, besitzen. Die berittene Batterie des 29. Artillerie-Regiments, die zu jener Zeit hier war, ist seither mit zwei anderen Batterien der 2. Kavalleriedivision vereinigt worden. Endlich wird die 11. Infanterie-Division ganz in Nancy versammelt sein, wie dies in dem 1872 abgefaßten Plane vorhergesehen wurde.

Ausland.

Paris, 11. Februar. Die Berathung des Einnahme-Budgets, die heute im Palais Bourbon zu Ende gebracht wurde, führte noch zu einem Beschluß über die Einkommensteuer. Der Deputirte Perrin beantragte eine Resolution, worin die Regierung aufgefordert werden sollte, den Entwurf zur Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer vorzulegen. Der Finanzminister wehrte sich dagegen, aber die Kammer nahm die Resolution mit 286 gegen 238 Stimmen an, nachdem die Worte „allgemeine progressive" mit 444 gegen 35 Stimmen verworfen worden. Darauf beschloß die Kammer, der Regierung entsprechend, den Gesetzentwurf über die Getreidezölle dem Militärgesetze voraus auf die Tagesordnung zu setzen. Der neueste Brief der „Republique Francaise" „Von der Grenze" ist aus Straßburg datirt. Der Berichterstatter hat Chalons-sur-Marne, Toul, Nancy und Luneville besucht und erkundigte sich, ob sich Metz mit Lebensmitteln verproviantire; es war nicht so. In Nancy sprach er den Adjutanten des Generals Fevrier, der ihm erzählte, das 6. Armeekorps habe im Dezember die ersten Nachrichten erhalten, daß die Deutschen ihre Besatzungen in Elsaß-Lothringen verstärkten, und seitdem hätten die Deutschen fortwährend alles gethan, um an der Grenze zu beunruhigen. Da habe denn endlich der langmüthige Boulanger, von allem unterrichtet, den Barackenbau angeordnet, denn: „da nicht die Rede davon sein sollte, daß die Effektivstärke des 6. Armeekorps vermehrt werde, so sollen diese Baracken den Reservisten und Territorialen dienen;" sie werden so eingerichtet, daß sie Truppen mehrere Jahre lang aufnehmen können. So legt General Fevrier die Sache aus, der findet: daß die Sache nicht der Mühe werth sei, darum Lärm zu machen, oder, wie sein Adjutant sich ausdrückte: der Katze die Schelle anzuhängen. Es folgt ein Anklage-Akt gegen die deutschen Militärbehörden, die alles gethan hätten, um Verdacht zu erregen. Clemenceaus „Justice" stellt Windthorst ein Belobigungszeugniß aus, daß er stramm gegen das Septennat bleibe.

Paris, 11. Februar. Das „Petit Journal" erklärt, die Nachrichten aus Deutschland lauteten heute weniger beruhigend. Der französische Generalstab habe nämlich in Erfahrung gebracht, daß die deutschen Militärbehörden in Elsaß-Lothringen Arbeiter-Abtheilungen von 1000 bis 1200 Mann anwürben, um Sand in die Nähe der Festungswerke oder in das Innere derselben zu schaffen. Es handle sich dabei um Arbeiten besonderer Art, dazu bestimmt, die Wirkungen der für sehr gefährlich gehaltenen Melinitgeschosse abzuschwächen. Es scheint also von den Franzosen als „beunruhigend" empfunden zu werden, wenn deutsche Festungen gegen französische Geschosse gesichert werden. Das Gegentheil, die Unterlassung jeglicher Vorsichtsmaßregel von deutscher Seite, würde den Franzosen allerdings willkommener und „beruhigender" erscheinen.

Professor Dr. Beclard, Dekan der medizinischen Fakultät von Paris und Mitglied der Academie de Medicine, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Mit ihm verliert Frankreich einen seiner hervorragendsten Mediziner.

Hervé, der Leiter des orleanistischen „Soleil", wurde heute in feierlicher Weise in die Academie Francaise aufgenommen.

Paris, 11. Februar. Die beantragte Erhöhung der Getreidezölle, welche demnächst von den Kammern wahrscheinlich votirt werden wird, erregt in den Hafenplätzen, die aus der Getreideeinfuhr großen Vortheil ziehen, lebhafte Beunruhigung. Heute führten die Deputirten von Marseille eine Arbeiterdeputation dieses Hafens zum Konseilpräsidenten Goblet, welche demselben ihre Besorgnisse unterbreiten und die Regierung ersuchen wollte, den Antrag in der Deputirtenkammer zu bekämpfen. Goblet erwiderte den Delegirten, es wäre bekannte Thatsache, daß das Kabinet in dieser wichtigen Frage gespalten wäre, und daß, um eine Krisis zu vermeiden, der Ackerbauminister Develle ermächtigt worden wäre, seine Ansicht hinsichtlich der Nothwendigkeit der Erhöhung des Getreidezolls in der Kammer zu vertreten. Die Delegirten mußten demnach hoffnungslos abziehen.

Paris, 9. Februar. Im vorigen Jahre kam einmal in der Kammer die geringe Mehrung der Bevölkerung Frankreichs zur Sprache. Schnell war der Abg. Bernard mit dem Antrage bei der Hand, Preise und Belohnungen auf eine zahl-

Feuilleton.

Ueber die Verlegung der Berlin-Stettiner Eisenbahn

zwischen Berlin und Pankow theilt die dem Abgeordnetenhause zugegangene Eisenbahnvorlage Folgendes mit:

Die Berlin-Stettiner Eisenbahn, deren erste Theilstrecke im Jahre 1842 eröffnet ist, hat ihre Lage innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin seit ihrer Erbauung im Wesentlichen unverändert beibehalten. Sie kreuzt beim Austritt aus ihrem hiesigen Bahnhof die Liesen-, Garten- und Ackerstraße, an deren gemeinschaftlichem Treffpunkt und weiterhin im Stadttheil Gesundbrunnen die Badstraße, die Bellermannstraße und die Straße 76 1, sämmtlich in Schienenhöhe, woraus unter den vorliegenden örtlichen und Verkehrsverhältnissen Störungen und Gefahren erwachsen, deren Beseitigung vom Standpunkte der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs, wie des Straßenverkehrs, von den Betheiligten seit Jahren lebhaft angestrebt wird und als ein unabweisbares Bedürfniß anerkannt werden muß. Der Straßenverkehr ist auf dem Uebergang am Kreuzungspunkte der Liesen-, Garten- und Ackerstraße und auf demjenigen der Badstraße in einzelnen Tagesstunden sehr bedeutend, so daß die häufigen, bei der Durchfahrt der Bahnzüge stattfindenden Sperrungen schon seit Jahren als äußerst störend empfunden werden. Behufs Milderung der Mißstände auf dem erstgenannten Uebergang ist schon früher das Rangiren über die Straßenkreuzung bahnseitig verboten, obgleich dadurch die Zusammensetzung der Güterzüge bei der geringen Längenausdehnung des Bahnhofs erheblich erschwert worden ist. Diese Maßregel reicht jedoch schon z. Z. nicht mehr aus, da in Folge des Anwachsens des Verkehrs und der Einführung der Nordbahnzüge in den Stettiner Bahnhof der Bahnverkehr sich so gesteigert hat, daß zu Zeiten innerhalb 24 Stunden 108 Züge den Uebergang kreuzen. Auch die andern genannten Planübergänge werden in Zeiten starken Eisenbahnverkehrs von täglich 68 Personen- und Güterzügen befahren, und zwar den Anforderungen des Verkehrs entsprechend meist in Tageszeiten, in denen auch der Straßenverkehr am lebhaftesten zu sein pflegt. Zur Beseitigung der hiermit verbundenen Uebelstände ist vom Magistrat zu Berlin die gänzliche Aufhebung des Stettiner Bahnhofes und die Verlegung des auf demselben abzuwickelnden Verkehrs nach einem der westlicher gelegenen Bahnhöfe, dem Hamburger oder dem Lehrter Bahnhofe, lebhaft befürwortet wurden. Abgesehen davon, daß durch die Aufhebung des Stettiner Bahnhofes die Interessen sowohl der betreffenden Stadtgegend, als auch eines Theils des Nieder-Barnimer Kreises leiden würden, haben die eingehendsten Untersuchungen ergeben, daß zur Aufnahme des gesammten Verkehrs des Stettiner Bahnhofs neben dem bereits vorhandenen Verkehr der Lehrter und Hamburger Bahn nicht einmal jene beiden Bahnhöfe zusammengenommen ausreichen, und daß auch schon allein der Verlegung des Personenverkehrs der Stettiner und Nordbahn nach dem Lehrter Bahnhofe sehr erhebliche Betriebs-Schwierigkeiten entgegenstehen würden. Sowohl aus diesem Grunde als auch im Hinblick auf die sehr beträchtlichen Kosten hat von der Weiterverfolgung jenes Gedankens Abstand genommen werden müssen. Ueberdies würden, wenn nur die Verlegung des Personenverkehrs erfolgte, die Uebelstände auf dem Liesenstraßen-Uebergange wegen des auf dem Stettiner Bahnhof verbleibenden Güterverkehrs statt einer vollständigen Beseitigung nur eine Milderung erfahren und die gänzliche Beseitigung doch nur eine Frage der Zeit sein. Es ist daher in Aussicht genommen, den Liesenstraßen-Uebergang durch die Anlage einer Straßen-Unterführung unter der Stettiner Bahn zu ersetzen und die letztere auf der weiteren Strecke bis in die Nähe von Pankow unter Vermeidung von Straßen-Kreuzungen in Schienenhöhe vollständig zu verlegen, weil nach dem Ergebniß der angestellten Untersuchungen von einer Unter- oder Ueberführung der die Bahn auf jener Strecke kreuzenden Straßen wegen der ungünstigen örtlichen Verhältnisse abgesehen werden muß. Demgemäß wird beabsichtigt, die Geleise der Berlin-Stettiner Bahn in der Nähe von Pankow aus der jetzigen Lage in südlicher Richtung nach dem Bahnhofe Gesundbrunnen der Ringbahn hin abzuschwenken und sodann mittelst Unterführungen unter der Ringbahn, der Badstraße und der Wiesenstraße hindurch, sowie mittelst Ueberführung über die an dem gemeinschaftlichen Kreuzungspunkt entsprechend zu senkende Liesen-, Garten- und Ackerstraße hinweg nach dem Stettiner Bahnhof zu führen. Zugleich muß für die Berliner Nordbahn, deren Personenzüge den Stettiner Bahnhof mitbenutzen, an Stelle des bestehenden Anschlusses an den Bahnhof Gesundbrunnen ein anderer zweigeleisiger Bahnanschluß hergestellt werden, welcher neben den neuen Geleisen der Stettiner Bahn bis in die Nähe der Kreuzung mit der Ringbahn, wo sich beide Geleispaare mit einander vereinigen, geführt werden soll. Unmittelbar vor der Vereinigung ist bei Gesundbrunnen eine gemeinschaftliche Personenstation für beide Bahnen und die Ringbahn in Aussicht genommen. Es wird vorausgesetzt, daß die Stadt Berlin 1) das für die Ausführung in Anspruch zu nehmende Terrain des Humboldthains sowie dasjenige der ihr gehörigen, durch die geplanten Aenderungen entbehrlich werdenden Straßentheile, welche für Eisenbahnzwecke erforderlich werden, unentgeltlich an die Eisenbahnverwaltung überläßt; 2) auf Entschädigungsforderungen aus der Aenderung oder Aufhebung von Straßenanlagen verzichtet; 3) einen unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Beitrag von 1,000,000 Mk. zu den Baukosten leistet. Da die gesammten Baukosten mit Ausschluß der vorstehend zu 1 erwähnten Grundflächen auf 5,500,000 Mark veranschlagt sind, so bleiben nach Abzug des vorbezeichneten seitens der Stadt Berlin zu leistenden Zuschusses in Höhe von 1,000,000 Mark noch 4,500,000 Mark staatsseitig aufzuwenden. Dieser Ausgabe wird voraussichtlich eine aus der Veräußerung der durch die Verlegung der Berlin-Stettiner Bahn frei werdenden Grundstücke zu erwartende Rückeinnahme von circa 800,000 Mk. gegenüberstehen.

reiche Nachkommenschaft zu setzen. Namentlich sollte das siebente Kind jeder Famile auf Staatskosten erzogen, mit einer Freistelle in den höheren Schulen, Universität 2c. inbegriffen, bedacht werden. Bernard und einige andere Redner ergingen sich in rührenden Schilderungen, wie durch diese Maßregel der Entvölkerung des Landes vorgebeugt und Zukunft, Macht und Ruhm sichergestellt werden würden. Sofort wurde die Zählung der mit sieben Kindern begabten Familien angeordnet. Dieselbe hat nun ergeben, daß es 205,000 Familien in Frankreich giebt, die sich in diesem Falle befinden. 205,000 Kinder hätten also in gedachter Weise auf Staatskosten erzogen werden müssen. Blos 1000 Franks für jedes jährlich, macht eine Ausgabe von 205 Millionen! Dies däuchte denn doch den Abgeordneten etwas zu theuer, ganz abgesehen davon, daß für die 205,000 weiteren Schüler mindestens 400 neue Lyzeen, Kollegien 2c. hätten erbaut werden müssen. Und dann, wohin mit all' diesen künftigen Gelehrten, Ingenieuren, Offizieren 2c.? Deshalb erschraken gestern die Abgeordneten ob ihres vorjährigen Beschlusses. Sie vertagten dessen Durchführung auf bessere Zeiten und begnügten sich, vorläufig 200,000 Franks, sage und schreibe 200,000 Franks für die Unterstützung der 205,000 mit sieben Kindern beglückten Familien auszusetzen. Umsonst mühte sich besagter Bernard in einer neuen rührseligen Rede ab, um wenigstens 1 Million herauszubringen; die Kammer verstopfte sich die Ohren. Sie hat gefunden, daß die Mehrung des Nachwuchses mittelst Belohnungen denn doch etwas zu theuer zu stehen kommt. Die 205,000 Familien werden jetzt alle sehr enttäuscht sein, denn die amtliche Aufnahme ihrer Kinderzahl hatte ihnen Hoffnungen gemacht.

Madrid, 12. Februar. In der Sitzung des Senats am Mittwoch richtete General Salamanca an den Kriegsminister die Bitte, Details mitzutheilen über die in Aussicht genommene Küstenvertheidigung, speziell über die Errichtung von Arsenalen, mit Berücksichtigung des möglichen Ausbruchs eines europäischen Krieges. Der Minister lehnte die Beantwortung dieser Anfrage ab. Uebrigens haben nach dem, was bekannt geworden ist, die Befestigungsarbeiten bereits begonnen; binnen Kurzem werden Geschütze nach den kanarischen Inseln, nach den Balearen, nach Ceuta und Melilla (befestigter Platz an der Nordküste Marokkos, etwa 30 Meilen von der Grenze Algiers, in spanischem Besitz) geschickt werden. Das Kriegsmaterial an diesen Orten wird ohne Ueberschreitung der gewöhnlichen Kredite vermehrt werden. Außerordentliche Kredite sollen nur für die Befestigung der Balearen und für Schiffsbauten, im Interesse der Gewährleistung der Neutralität Spaniens, verlangt werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Februar. Zum Benefiz für unsern beliebten lyrischen Tenor Herrn Karl Deluggi wird Dienstag im Stadttheater die liebliche Spieloper „Martha", oder „Der Markt zu Richmond" gegeben und wünschen wir dem fleißigen und bescheidenen Künstler einen recht günstigen pekuniären Erfolg. Am Mittwoch eröffnet Frl. Johanna Schwartz, königl. preuß. Hofschauspielerin vom Schauspielhause in Berlin, als „Jungfrau von Orleans" einen Gastrollen-Zyklus an unserm Stadttheater. Frl. J. Schwartz, als Heroin ersten Ranges von voriger Saison noch in frischem Andenken, wird auch jetzt wieder das vollste Interesse unserer Theaterbesucher in Anspruch nehmen.

— Gestern Mittag entstand auf einer Wiesenfläche am Dunzig ein Wiesenbrand, welcher schnell größere Ausdehnung annahm. Von der Feuerwehr waren Mannschaften beschäftigt, um durch Abstechung des Bodens dem Feuer Einhalt zu thun, dies gelang auch, nachdem eine Fläche von mehr als 1/4 Meile Umfang vom Feuer erfaßt war.

— In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kamen zwei Anklagen wegen Meineides zur Verhandlung. Die erste war gegen die verehelichte Schuhmacher Karoline Wölky, geb. Krackow, früher hier, jetzt in Rixdorf bei Berlin wohnhaft, gerichtet und wurde mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Die W. war beschuldigt, am 20. September v. J. auf dem hiesigen Amtsgericht vor dem Untersuchungsrichter in einer Untersuchungssache wegen Kuppelei ein wissentlich falsches Zeugniß abgegeben zu haben. Die Geschworenen nahmen jedoch nur an, daß fahrlässiger Meineid vorliege, und erkannte der Gerichtshof demgemäß auf 6 Monate Gefängniß.

Demnächst betrat der Handelsmann Louis Wilh. Tews aus Blankensee die Anklagebank. Derselbe wurde am 13. Februar v. J. vor dem hiesigen Schöffengericht als Zeuge in einer Anklage wegen Körperverletzung gegen den Stellmachergesellen Neckel und Genossen vernommen und bekundete nach Leistung des Zeugeneides, daß er von den Angeklagten gemißhandelt worden sei, er soll jedoch verschwiegen haben, daß er sich gleichfalls einer Mißhandlung schuldig gemacht hatte. Durch die Beweisaufnahme wurden die Herren Geschworenen nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugt, sie gaben ihr Verdikt auf Nichtschuldig ab und erfolgte demgemäß Freisprechung.

— In der Woche vom 6. bis 12. Februar wurden in hiesiger Volksküche 2619 Mahlzeiten verabreicht.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern. — ♂ Bütow, 11. Februar. Der hiesige Magistrat hat laut Stadtverordnetenbeschluß vom 7. d. M. das dem Justizrath Chamier hierselbst gehörige, am Markt belegene Wohnhaus für den Kaufpreis von 12,000 Mark erstanden. Die Stadt beabsichtigt dieses Gebäude umzubauen, vorher jedoch beim Justizminister anzufragen, ob er die Verlegung der Geschäftsräume des königlichen Amtsgerichts in dieses Gebäude genehmigt und vorläufig von einem Neubau des Amtsgerichtsgebäudes absieht. — In der am 2. d. Mts., vom Festausschuß für das im Juli hier stattfindende Bundesgesangsfest abgehaltenen Sitzung sind die Funktionen der einzelnen Kommissionen festgesetzt worden. Eine General-Versammlung sämmtlicher Kommissions-Mitglieder ist auf den 19. d. Mts. anberaumt worden. Die Gesammtausgabe für dieses Fest ist auf 2000 Mark festgesetzt, die Gesammteinnahme ist auf 1350 Mk. berechnet, inkl. des vom Bundesausschusse bewilligten Zuschusses von 600 Mark. Den noch zu deckenden Betrag von 750 Mark hat in anerkennenswerther Weise die Stadt übernommen. Die Kosten zum Bau der Festhalle sind auf 960 Mark berechnet. Die Halle soll Raum für 400 Mann halten und wird in Form eines Schweizerhäuschens gebaut. Als Festplatz ist der Schützen-garten bestimmt worden. Den Vorsitz vom Festausschuß hat Herr Bürgermeister Ahlsdorff übernommen.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Als der Rathsherr Brandenburg in Stralsund die Abstimmung der deutschfreisinnigen Partei bei der Militär-Vorlage gegen das Septennat einen taktischen Fehler nannte, erhob die deutschfreisinnige Presse ein Zetergeschrei gegen den Mann und er wurde als politisch unreif erklärt. Heute, nach wenig Wochen, hat sich die Sache wesentlich geändert, denn fast die gesammte deutschfreisinnige Partei hat sich auf den politisch unreifen Standpunkt des Herrn Brandenburg gestellt und hat einsehen gelernt, daß es der größte taktische Fehler der deutschfreisinnigen Abgeordneten war, bei der genannten Abstimmung den Rathschlägen ihres Führers Richter zu folgen. Es wird bereits in allen Tonarten zum Rückzug geblasen und die von den Deutschfreisinnigen in Pommern aufgestellten Kandidaten machen hierbei keine Ausnahme. Herr Landgerichtsrath Hildebrandt-Köslin, welcher in dem Fürstenthumer Kreise kandidirt, hat erklärt, er wird für das Septennat stimmen, die gleiche Erklärung erfolgte von Herrn Wendorf-Naulin im Wahlkreise Pyritz-Saatzig, Herr Dr. Wolff im Wahlkreise Randow-Greifenhagen hat zwar keine bestimmte Erklärung abgegeben, doch ist aus seinen Reden ersichtlich, daß er kein prinzipieller Gegner des Septennats ist. Nur Herr Brömel, der Kandidat für Stettin, und Herr Hecht-Neuhof, der Kandidat für den Kreis Greifswald-Grimmen, zeigen sich noch als treue Schildknappen Richter's und wollen nach wie vor gegen das Septennat stimmen. Der deutschfreisinnigen Agitation zu Stettin ist jedoch diese Stellungnahme ihres Kandidaten nicht mehr ganz angenehm und sie suchen jetzt schon dadurch Wähler zu fangen, daß sie mit Zuversicht erklären, Brömel werde doch für das Septennat stimmen, „er könne nur jetzt nicht mehr zurück". Ob mit einer derartigen Erklärung die Herren für Herrn Brömel mehr Sympathien erwecken werden, ist freilich sehr fraglich. Wir glauben es nicht.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Festvorstellung zur Gedächtnißfeier Richard Wagner's. Trauermarsch beim Tode Siegfrieds aus dem Musikdrama „Götterdämmerung" von Richard Wagner. Hierauf: Prolog, gesprochen von Herrn Wischhusen. Dann folgt: „Tannhäuser." Große Oper in 3 Akten. — Bellevuetheater: Gastspiel des Herrn Direktors Emil Schirmer. „Der Hypochonder." Lustspiel in 5 Akten.

Montag. Stadttheater: Zu kleinen Preisen (Parquet 1 Mark 2c.). „Das neue Gebot." Schauspiel in 4 Akten.

Wochenbericht über die Berliner Börse

von Sachs & Pincus in Berlin,

Getreide- und Bankgeschäft.

Getreide und Produkte.

Berlin, 11. Februar.

Die Gründe und Verhältnisse, welche uns vor 8 Tagen Anlaß gaben, die Situation des Getreidehandels so trübselig zu schildern, nämlich die politische Ungewißheit und das zunehmende Stocken im Handel und Verkehr, dauern leider unverändert als die Geschäftsverhältnisse bestimmend an und droht dem Erwerbsleben eine traurige Zeit, wenn das Kriegsgespenst ferner in der Welt herumgehen und damit jede Anregung zu geschäftlichen Transaktionen im Keime ersticken sollte. Die Ueberzeugung von dem nahen Ausbruch eines Krieges wird in kaufmännischen Kreisen fast nirgends als wirklich vorhanden und begründet erachtet und somit fehlt der Stimulus für eine Steigerung der Getreidepreise, das Schüren der Furcht vor einem als dennoch immerhin möglich dargestellten kriegerischen Konflikte wirkt aber um so verderblicher, als bei dem dadurch hervorgerufenen absoluten Mangel an Unternehmungslust alle Produkte an Absatzfähigkeit und damit in sich selbst an Werth verlieren. Diese Verhältnisse bestehen jetzt in ganz Europa und demgemäß schränkt sich auch der Cerealien-Import ein, so daß sich in Amerika ebenfalls angesichts ungenügender Exportfrage Weizenpreise nicht zu behaupten vermochten.

Am hiesigen Platze blieb die Preisbewegung für Weizen zumeist dem Einfluß der Fondsbörse unterworfen, dessen pessimistische Haltung an einigen Tagen vorübergehend den Weizenkursen eine bescheidene Anregung bot, während freundlichere Fondskourse das Weizengeschäft sofort in seine überwiegend jetzt vorherrschende Lethargie zurückdrängten. April-Mai-Lieferung notirte am 4. cr. 164 M., am 11. cr. 163 1/2 M. pro 1000 Kilo.

Roggen zeigte sich ab Bahn wie auf bahnseitige Wasserabladung vom Inlande gegen früher Jahre unverhältnißmäßig reichlich angeboten, so daß unsere Mühlen kaum Anlaß haben, auf unser noch sehr großes Lager zurückzugreifen. Ermattend auf den Verkehr wirkte außerdem der anhaltende Rückgang der russischen Valuta, welcher das russische Angebot wesentlich begünstigt. Cifabschlüsse kamen indeß angesichts der politischen Ungewißheit nicht zu Stande und im Terminhandel war das bescheidene Angebot der noch bescheideneren Kauflust zumeist überlegen. April-Mai notirte am 4. cr. 132 1/2 M., am 11. cr. 130 1/2 M. pro 1000 Kilo.

Hafer war ab Bahn sehr reichlich zugeführt und ebenso schwach begehrt, da die Proviantämter ihre Ankäufe sistirt haben, so daß alle Sorten 3—4 Mark im Preise einbüßten. Termine lagen entsprechend matt, zumal die für Roggen angegebenen russischen Valuta-Verhältnisse ebenso für Hafer entsprachen. April-Mai-Lieferung verlor 3 M. und schließt 110 M. pro 1000 Kilo.

Rüböl erfuhr am Schluß der Woche in Folge des Frostwetters eine Besserung von 40 Pfg. pro 100 Kilo und notirt April-Mai M. 45,40 pro 100 Kilo.

Spiritus fand bei mäßiger Lokozufuhr auf Seiten der Spritfabrikanten und Reporteure schlank Unterkommen. Terminpreise schwankten nur unbedeutend. — Meinungskäufe wurden bei der geschäftlichen Sterilität nur wenig vorgenommen, das billige Preisniveau indeß mehrfach zu Deckungen früherer Verkäufe benutzt, während die Möglichkeit eines neuen konservativen Reichstages, welche mit den Wahlen näher rückt und damit verknüpfte erneute Monopolbesorgnisse Abgebern Reserve auferlegten. April-Mai schließt M. 37,50 pro 100 Kilo.

Vermischte Nachrichten.

— (Das Vorrecht des Alters): „Kindchen, Kindchen, Du bist erst 17 Jahre alt und willst nun schon heirathen. Hast Du Dir diesen Schritt auch reiflich überlegt? Warte doch ein paar Jahre, denn Du bist doch noch gar zu jung!" — „Zu jung? Großmama, wie oft haben Sie mir nicht erzählt, daß Sie schon mit 16 Jahren geheirathet haben!" — „Ja, i—ch! — ich bin auch Deine Großmutter!"

— (Zerstreut.) Lohndiener im Hotel, der Morgens die Kleider reinigen will: „Sapperment, heut' hat der Professor statt der Stiefel wieder den Zylinder vor die Thür gestellt!"

— (Der Skateifer hat sich richtig auch auf die Damenwelt erstreckt.) Nach deutscher Sitte wird das Skatspiel nun auch „gründlich" beigebracht. Wir lesen nämlich in der „Voss. Zeitung" folgende Anzeige. „Gründlicher Unterricht im Skatspiel ertheilt Damen von Distinktion eine gebildete Dame nach leicht faßlicher Methode in nur wenigen Lektionsstunden." — Am Ende erleben wir noch weibliche Professoren des Skatspiels. Wenn nur die gebildete Lehrerin nicht Enttäuschungen erlebt; manche erlernt bekanntlich das Skatspiel nie!

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Halle, 12. Februar. Wie die „Saale-Zeitung" zuverlässig erfährt, soll eine kaiserliche Botschaft für die Reichstagswahl festgestellt sein, aber erst einige Tage vor dem 21. veröffentlicht werden.

Köln, 12. Februar. Wegen schweren Treibeises im Rhein ist heute die Schiffbrücke abgefahren.

Brüssel, 12. Februar. In den Erläuterungen, von welchen das außerordentliche Einnahme-Budget begleitet ist, heißt es hinsichtlich der für das Kriegs-Ministerium verlangten Kredite: 900,000 Franks würden zur Vervollständigung der Forts von Rupelmonde, 617 000 Franks zur Vervollständigung des Forts Schooten und 1 Million Franks für die Fertigstellung der drei Redouten in dem Küstengürtel verwendet werden; ferner seien 1,200,000 Franks für die Ausrüstung der Forts Merxen, Zwyndrecht, Cruybeke und Waelhem erforderlich, 8 Millionen werden für eine Reihe von Befestigungsanlagen an der Maas verlangt. Die alten Forts von Lüttich und Namur sollen demolirt und durch sehr feste, aber der Ausdehnung nach kleine Werke ersetzt werden, welche nur eine geringe Besatzung erfordern. Die Arbeiten an der Maaslinie werden 24 Millionen Franks kosten; für dieses Jahr soll aber nur ein Drittel dieser Summe beantragt werden; zur Beschaffung neuer Gewehre für die Infanterie sind 15 Millionen Franks erforderlich, wovon im laufenden Jahre 5 Millionen gefordert werden. Außerdem ist noch für die Neuausrüstung von 20 Batterien Artillerie vorzusorgen. Weitere Kredite werden dann noch für Kasernen und für Bekleidung der Truppen verlangt.

Petersburg, 12. Februar. (Telegramm der „Nordischen Telegraphen-Agentur".) Die an der Berliner Börse umlaufenden Gerüchte, daß für die russischen Anleihen eine Kouponsteuer zu erwarten sei, sind schon der Form nach unbegründet, da eine solche Steuer, gewisse Anleihen ausgenommen, bereits existirt. Was eine etwaige Ausdehnung der Kouponsteuer auf bisher unbesteuerte Anleihen anlangt, so wird auch diese von hiesigen Bank- und Börsenkreisen für absolut unbegründet gehalten.